



QUEER
FORMAT

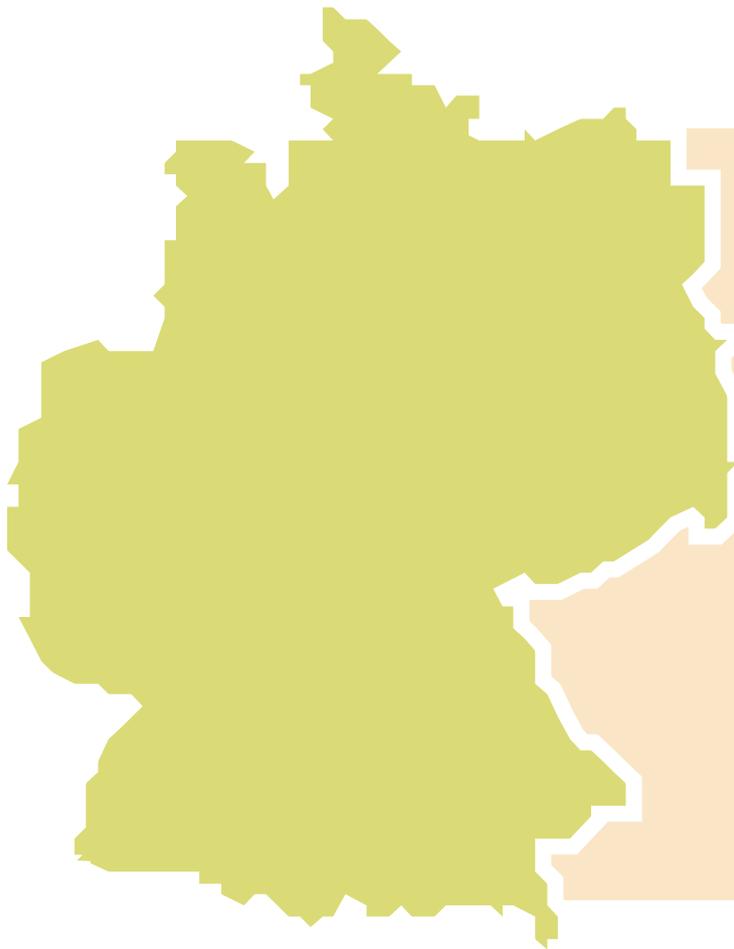
FACHSTELLE
QUEERE
BILDUNG

2

Rollenprofile zum Planspiel

LGBTI-Rechte in der EU – Verhandlungssache?

Deutschland



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 83 Mio

Regierung

Sozialdemokratisch-Liberal-Grün

EU-Beitritt

1958 (Gründungsmitglied)

Zustimmung Einwohner zur EU

76 %



Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

11 %



Deutschland und die EU

- Deutschland ist zusammen mit Frankreich als der Motor der EU bekannt.
Gegen die Interessen von Deutschland und Frankreich wird in der EU nichts entschieden.
- Die beiden Länder haben zusammen viele Veränderungen in Europa angestoßen.
- Die deutsche Bevölkerung ist grundsätzlich pro-europäisch eingestellt. Eine Mehrheit sieht die EU als Wertegemeinschaft. Viele schätzen die EU aber auch wegen ihrer wirtschaftlichen Vorteile.
- Deutschland profitiert mehr als andere Länder von der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den EU-Ländern.
- Die Regierung versucht schon länger gegen einige Länder Rechtsstaatlichkeitsverfahren zu unterstützen. Sie ist der Meinung, dass sich einige nicht an die Regeln halten.
- Politisch rechte Parteien und Personen unternehmen immer wieder politische Attacken gegen Minderheiten und diskriminierte Gruppen.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 13 / 27



LGBTI-Rechte

48 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



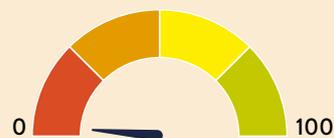
**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

54 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

58 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

3 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

49 %

LGBTI-Rechte in Deutschland

- Deutschland ist zusammen mit Frankreich als der Motor der EU bekannt. Gegen die Interessen von Deutschland und Frankreich wird in der EU nichts entschieden.
- Laut der Organisation ILGA-Europe liegt Deutschland im Mittelfeld, also auf Platz 13 von 27 EU-Ländern was die Umsetzung von LGBTI-Rechten angeht.
- Da sich die Regierungsparteien meistens bei LGBTI-Themen nicht einig sind, gibt es wenig Gesetzesinitiativen zur Gleichstellung. So sind es in Deutschland oft erst die Gerichte, die entscheiden, dass mehr für die Gleichberechtigung von LGBTI-Personen getan werden muss.
- Besonders rückständig ist Deutschland beim Thema Hassverbrechen und Hatespeech gegen LGBTI-Personen. Dafür gibt es keine gesonderte gesetzliche Regelung.
- Auch bei Rechten für trans- und intergeschlechtliche Personen steht Deutschland schlecht da. Die Namens- und Personenstandsänderung für transgeschlechtliche Personen ist im TSG (Transsexuellengesetz) geregelt.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- Personen, die Ihren Vornamen ändern lassen wollen, müssen ein medizinisches Gutachten erbringen. Die Änderung kann nur gerichtlich erfolgen.
- Intergeschlechtlichen Personen können in Deutschland ihren Geschlechtseintrag in der Geburtsurkunde mit Hilfe eines ärztlichen Attestes ändern lassen. Es gibt seit 2019 die Möglichkeit, dort neben weiblich und männlich auch „divers“ einzutragen oder den Eintrag offen zu lassen.
- 2021 ist es verboten, Operationen und Behandlungen an intergeschlechtlich geborenen Kindern vorzunehmen, wenn diese nur der Angleichung an ein weibliches oder männliches Geschlecht dienen sollen.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?
Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre
Position

- LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt.

Ihre
Argumente

- Für Sie ist die Frage mit einem klaren „Ja“ zu beantworten, denn LGBTI sind gleich in zweierlei Hinsicht durch die Grundwerte geschützt:
- Erstens gehören sie einer Minderheit an, und Minderheiten unterliegen besonderem Schutz.
- Zweitens steht in den Grundwerten, dass alle Menschen gleich sind – sie müssen also auch die gleichen Rechte haben und dürfen nicht diskriminiert werden.

STREITPUNKT 2

Begeht die ronisische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre
Position

- Die ronisische Regierung begeht mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte.

Ihre
Argumente

- LGBTI-Personen aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen und sie mit Strafe zu bedrohen – das verstößt eindeutig gegen Europäische Werte.
- Hier vom Schutz von Kindern zu sprechen ist schlicht falsch, denn das offene Leben der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität von LGBTI Personen stellt keinerlei Gefahr für das Wohlergehen von Kindern dar.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

**Ihre
Argumente**

- Ronisiens Regierung fördert mit dem Gesetz nur Vorurteile und Hass. Dadurch steigt die Gefahr, dass die Hasskriminalität in Ronisien zunimmt. Schließlich macht die Regierung selbst vor, dass man LGBTI-Personen als Menschen zweiter Klasse behandeln darf. Das wird bestimmt Nachahmer_innen finden.
- Deshalb gibt es nur eine Lösung: Das Gesetz muss sofort zurückgenommen werden.

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

**Ihre
Position**

- Ja, das Verfahren soll eingeleitet werden.

**Ihre
Argumente**

- Die EU hat zu lange zugeschaut, wie einzelne Länder die Grundwerte mit Füßen treten. Ronisien ist hier nur das jüngste Beispiel.
- Natürlich darf grundsätzlich jedes Land die Gesetze beschließen, die es möchte. Aber in einer Gemeinschaft demokratischer Staaten gibt es Grenzen.
- Diese Grenze ist mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ überschritten. Es ist eine klare und krasse Diskriminierung von LGBTI-Personen. Das ist nicht hinnehmbar.
- Heute muss ein Signal an alle EU-Länder gesetzt werden: Wer sich nicht an die Regeln hält, muss mit Konsequenzen rechnen. Wenn jetzt nicht eingeschritten wird, bedeutet das für Länder wie Ronisien, dass sie mit allem davonkommen.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Italien



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 59 Mio.

Regierung

Rechts / Nationalistisch

EU-Beitritt

1958 (Gründungsmitglied)

Zustimmung Einwohner zur EU

43 %



Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

34 %



Italien und die EU

- Italien ist ein Gründungsmitglied der EU und hat in der Vergangenheit viel zur Weiterentwicklung der EU beigetragen.
- In den letzten Jahren ist die Stimmung aber gekippt. Eine Mehrheit der Italiener_innen ist heute gegen die EU-Mitgliedschaft ihres Landes.
- Politisch ist das Land eher instabil. Regierungen wechseln häufig. Deshalb gilt das Land in der EU nicht als besonders zuverlässiger Partner. Im Jahr 2022 bildete sich eine rechte, nationalistische bis rechtsextreme Regierungskoalition, die versucht die demokratischen Strukturen zu schwächen.
- Italien ist nach wie vor eines der einflussreichsten Länder der EU. Sowohl im Bezug auf die der Einwohner_innenzahl als auch bei der Wirtschaftsleistung steht es nach Deutschland und Frankreich an dritter Stelle.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 23 / 27



LGBTI-Rechte

22 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

9 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

17 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

0 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

0 %

LGBTI-Rechte in Italien

- Die Katholische Kirche hat noch immer großen Einfluss auf die Politik in Italien. Das wirkt sich besonders auf LGBTI-Personen aus. Italien liegt weit hinten, wenn es um den Schutz der Rechte von LGBTI-Personen geht. Die Organisation ILGA-Europe sieht Italien auf Platz 23 von 27 EU-Ländern.
- Auffällig ist, dass es in Italien kaum Schutz für LGBTI vor Diskriminierung gibt, es gibt keinen rechtlichen Umgang mit Hate Speech und Hassverbrechen.
- Zwar gibt es die Möglichkeit einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft. Die gleichgeschlechtliche Ehe oder ein Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Partner_innen ist aber nicht in Sicht. Stattdessen wurde durch ein neues Gesetz der Regierung die Geburtsurkunden aller Kinder, die von gleichgeschlechtlichen Eltern geboren wurden, angefochten. Das bedeutet, dass nur der leibliche Elternteil die Elternschaft behalten darf.
- Um ihr Geschlecht im Ausweis ändern zu können, brauchen transgeschlechtliche Personen in Italien eine medizinische Diagnose. Außerdem ist eine medizinische Behandlung notwendig.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- In Italien ist es noch immer üblich, an intersexuellen Kindern und Jugendlichen geschlechtsangleichende Operationen vorzunehmen, auch wenn diese medizinisch nicht notwendig und die Betroffenen noch zu jung sind, um selbst darüber zu entscheiden. Viele Organisationen sehen darin eine Menschenrechtsverletzung.
- Mit den neuen rechten bis rechtsextremen Kräften der Regierung arbeiten mit ihrer Gesetzgebung an einer Verschlechterung der Situation von LGBTI-Personen. Nach den bisherigen Verschärfung könnte auch die Möglichkeit eine gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft einzugehen, auf der Kippe stehen.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?
Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre Position	<ul style="list-style-type: none">■ Spezielle LGBTI-Rechte braucht es nicht. Die Grundwerte der EU sind schon mehr als ausreichend.
Ihre Argumente	<ul style="list-style-type: none">■ Die Grundwerte der EU sind sehr weit gefasst. Deshalb muss im Zweifel abgewogen werden, was genau dazu gehört und was auch nicht.■ LGBTI sind eine kleine Minderheit und Minderheiten werden grundsätzlich ausreichend durch die Grundwerte geschützt. LGBTI-Rechte braucht es nicht.■ Sie möchten klarstellen, dass die Grundwerte nicht nur für LGBTI gelten, sondern auch für andere. Diejenigen, die ein Problem mit LGBTI-Personen haben, haben das Recht das auszudrücken. Gewisse Unterschiede in den Rechten und Privilegien von verschiedenen Gruppen sind legitim und richtig.

STREITPUNKT 2

Begeht die ronisische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre Position	<ul style="list-style-type: none">■ Die ronisische Regierung begeht mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ keinen Verstoß gegen die Grundwerte der EU. Der Kinderschutz ist vielmehr zu befürworten. Für Sie steht der Schutz der Familie und der Kinder an erster Stelle. Sie sind auch der Meinung, dass eine Stärkung der Rechte von LGBTI-Personen dem entgegensteht.
Ihre Argumente	<ul style="list-style-type: none">■ Sie sehen, dass das „Kinderschutz-Gesetz“ in seiner jetzigen Form negative Auswirkungen auf LGBTI-Personen haben könnte. Das ist aber nicht schlimm, solange damit Kinder geschützt werden.■ In Italien finden viele Menschen, dass Kinder nicht mit LGBTI-Personen konfrontiert werden sollten. Diese Position teilen Sie und äußern ebenfalls große Sorgen davor.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre
Argumente

- Dass das „Kinderschutz-Gesetz“ einseitig LGBTI-Personen diskriminiert, können Sie so nicht erkennen. Es hat höchstens kleinere Einschränkungen zum Wohle der Kinder zu Folge. Und das ist auch richtig so.
- Statt all der Aufregung sollten sich jetzt alle mal ein bisschen beruhigen und abwarten, wie sich das neue Gesetz tatsächlich auswirkt. Da es dem Kinderschutz helfen soll, ist es erst einmal positiv zu bewerten.

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Ihre
Position

- Nein, Ronisien hat mit dem Gesetz absolut nichts falsch gemacht. Im Gegenteil.

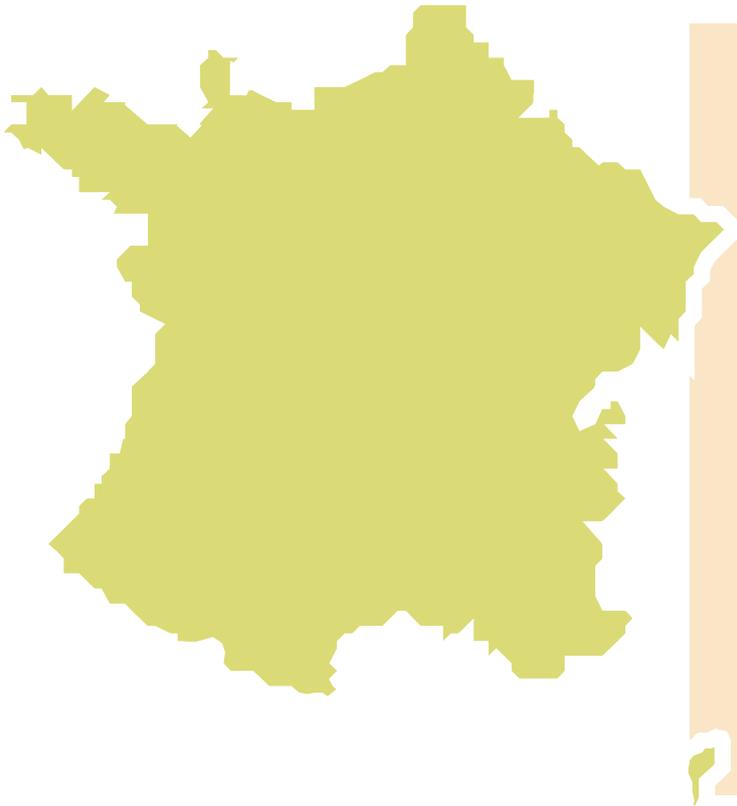
Ihre
Argumente

- Rosinien hat sich überhaupt nichts zu Schulden kommen lassen. Das Land hat demokratisch ein Gesetz beschlossen, nicht mehr und nicht weniger.
- Die anderen EU-Länder sollten sich da nicht einmischen. Schließlich sind die EU-Länder alle unabhängig und dürfen selbst bestimmen.
- Es ist überhaupt nicht davon auszugehen, dass das Gesetz Grundrechte verletzt - viel eher werden sie dadurch geschützt.
- Wenn das neue Gesetz den Schutz der Kinder stärkt, ist das ein richtiges und wichtiges Zeichen für die EU - auch wenn damit die Rechte von LGBTI-Personen beschränkt werden.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Frankreich



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 67 Mio.

Regierung

Liberal

EU-Beitritt

1958 (Gründungsmitglied)

Zustimmung Einwohner zur EU

54 %

Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

23,3 %

Frankreich und die EU

- Frankreich ist zusammen mit Deutschland als der Motor der EU bekannt. Die beiden Länder haben zusammen viele Veränderungen in Europa angestoßen. Den Euro, den Wegfall von Grenzkontrollen, soziale Mindeststandards – all dies würde es ohne Frankreich vermutlich nicht geben. Gegen die Interessen von Frankreich und Deutschland wird in der EU nichts entschieden.
- Um diese Errungenschaften zu sichern, verteidigt Frankreich sehr stark die europäischen Grundwerte und verlangt von den anderen EU-Ländern, dass diese auch eingehalten werden.
- Deswegen hat das Land in der Vergangenheit bereits Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Polen und Ungarn unterstützt – auch wenn diese bislang zu keinem Ergebnis geführt haben.
- In der französischen Bevölkerung gibt es jedoch große Vorbehalte gegen LGBTI-Rechte. Gegen die Einführung der gleichgeschlechtlichen Ehe haben bei der „Manif pour tous“ – der „Demo für alle“ Hunderttausende demonstriert.
- Auch rechtspopulistische Bewegungen und Parteien wie der „Rassemblement National“ sind in Frankreich sehr stark.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 7 / 27



LGBTI-Rechte

63 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

56 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

58 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

75 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

59 %

LGBTI-Rechte in Frankreich

- Frankreich steht im Vergleich zu den meisten anderen EU-Ländern relativ gut da im Bereich der LGBTI-Rechte.
- Die Organisation ILGA-Europe sieht Frankreich auf dem 7. Platz von 27 EU-Ländern.
- Obwohl das Land katholisch geprägt ist, haben gleichgeschlechtliche Paare das Recht zu heiraten und Kinder zu adoptieren.
- Um ihr Geschlecht im Ausweis ändern zu können, brauchen transgeschlechtliche Personen in Frankreich keine medizinische Diagnose. Es ist außerdem keine medizinische Behandlung notwendig. Damit gehört das Land zu den fortschrittlicheren EU-Ländern.
- Seit 2009 darf Transgeschlechtlichkeit in Frankreich nicht mehr als Krankheit benannt werden.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- In Frankreich ist es noch immer üblich geschlechtsangleichende Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen vorzunehmen – auch, wenn diese medizinisch nicht notwendig sind und die betroffene Person noch zu jung ist, um selbst entscheiden zu können. Viele Organisationen halten dies für eine Menschenrechtsverletzung.
- Seit 2021 ist es auch gleichgeschlechtlichen Paaren möglich, durch künstliche Befruchtung Kinder zu bekommen. Dies war vorher nur für heterosexuelle Paare erlaubt.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?
Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre
Position

- LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt.

Ihre
Argumente

- Genau dafür wurden die Grundwerte gemeinsam beschlossen – um demokratische Werte zu sichern und Menschen vor Diskriminierung zu schützen.
- Niemand kann ernsthaft behaupten, dass LGBTI-Personen nicht zu den schützenswerten Minderheiten gehören. Falls doch, halten Sie das für extrem gefährlich.
- An dieser Stelle sind Sie nicht zu Kompromissen bereit.

STREITPUNKT 2

Begeht die ronische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre
Position

- Die ronische Regierung begeht mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte.

Ihre
Argumente

- Ronien sagt zwar das „Kinderschutz-Gesetz“ schütze Kinder, aber wovor denn eigentlich? Kinder müssen nicht vor geschlechtlicher Vielfalt geschützt werden!
- So wie es jetzt ist, grenzt das Gesetz LGBTI auf starke Weise aus.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

**Ihre
Argumente**

- Wenn Menschen in Ronisien nicht mehr auf die Straße gehen dürfen, weil andere meinen, schon allein deren Existenz sei „kindergefährdend“, dann ist dieses Land keine Demokratie mehr, sondern eine Diktatur der Mehrheit.
- Genau davor schützen die Grundwerte die EU. Und Ronisien bricht sie mit diesem Gesetz!

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

**Ihre
Position**

- Ja, das Verfahren soll eingeleitet werden.

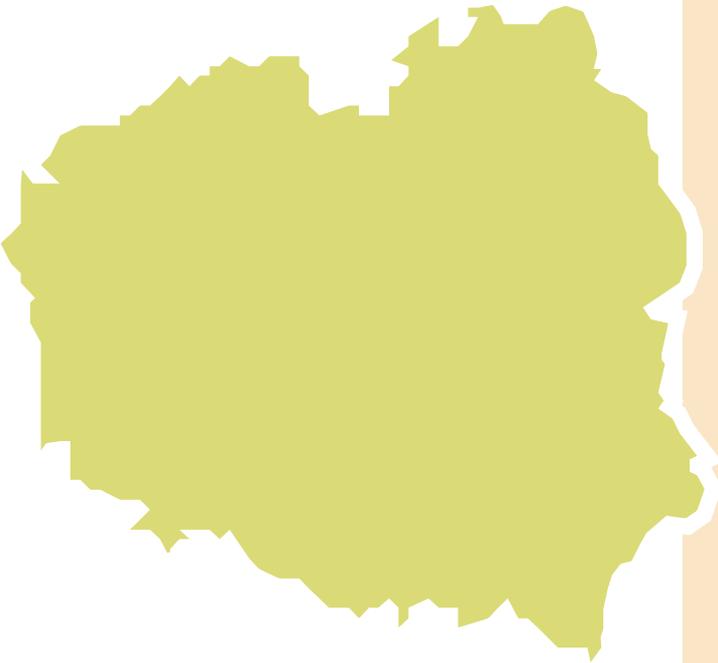
**Ihre
Argumente**

- Die EU ist ein Raum der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit. Daran müssen sich alle Länder halten – auch Ronisien.
- Ronisien wurde bereits oft genug gewarnt, aber die Regierung macht immer weiter mit ihrer menschenverachtenden Politik.
- Wenn die EU-Staaten wirklich zu demokratischen Werten stehen, dann müssen sie jetzt das Verfahren einleiten.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Polen



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 37 Mio.

Regierung

Liberal / Konservativ

EU-Beitritt

2004

Zustimmung Einwohner zur EU

77 %



Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

45 %



Polen und die EU

- Das Land ist 2004 der EU beigetreten, hat sich wirtschaftlich gut in den gemeinsamen Wirtschaftsraum der EU integriert und die Bevölkerung steht der EU mehrheitlich positiv gegenüber.
- Polen hatte bis zu den letzten Wahlen im Oktober 2023 eine rechtspopulistische Regierung. Diese hat während ihrer Regierungszeit demokratische Strukturen abgebaut. Gerichte konnten dadurch nicht mehr so unabhängig arbeiten und die Presse- und Meinungsfreiheit wurden eingeschränkt.
- Polens Positionen innerhalb der EU waren daher die letzten Jahre sehr umstritten. 2023 wurde dann eine Regierung gewählt, die versprach die demokratischen Strukturen des Landes wieder zu stärken. Sie versucht seitdem das Verhältnis Polens zur EU wieder zu verbessern.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 26 / 27



LGBTI-Rechte

18 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



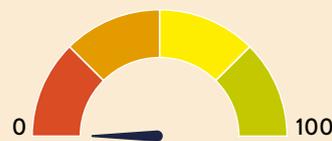
**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

24 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

0 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

0 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

22 %

LGBTI-Rechte in Polen

- Polen gehört zu den EU-Ländern, in denen LGBTI-Personen am wenigsten Rechte haben. Laut der Organisation ILGA-Europe ist es auf dem letzten Platz in der EU – also auf Platz 27 von 27.
- Es gibt kaum rechtlichen Schutz vor Diskriminierung.
- Es existieren keinerlei gesonderte Regelungen zum Umgang mit Hassverbrechen und Hate Speech mit LGBTI-Bezug – was jedoch auf einige andere EU-Länder ebenfalls zutrifft.
- Aussagen und Gesetze der ehemaligen Regierung und deren Regierungsvertreter_innen haben dafür gesorgt, dass die Rechte von LGBTI-Personen eingeschränkt wurden und sich ihre Position in der Gesellschaft insgesamt verschlechtert hat. Das ist nicht so schnell rückgängig zu machen und wirkt bis heute nach. So wurde z. B. 2019 ein Gesetz in das Parlament eingebracht, das Sexualaufklärung unter Strafe stellt. Etwa hundert Gemeinden in Polen wurden 2019 außerdem zu „LGBTI-freien Zonen“ erklärt.
- Auch was Familienrechte angeht, sieht es im katholischen Polen für LGBTI schlecht aus. Es gibt für LGBTI-Paare keinen rechtlichen Status, die gleichgeschlechtliche Ehe ist sogar per Verfassung verboten.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- In der Bevölkerung gibt es ein wachsendes Engagement für feministische Themen, z. B. Proteste gegen das strikte Abtreibungsverbot. Auch ablehnende Haltungen gegenüber LGBTI-Personen werden langsam seltener. Diese Entwicklung war auch ein Hintergrund für den Wahlerfolg der neuen, liberal-konservativen Regierung.
- Um ihr Geschlecht im Ausweis ändern zu können, brauchen transgeschlechtliche Personen in Polen eine medizinische Diagnose. Außerdem ist ein medizinischer Eingriff notwendig. Anschließend müssen Antragsteller_innen ihre eigenen Eltern vor Gericht dafür verklagen, dass sie das Geschlecht des Kindes bei der Geburt falsch haben eintragen lassen. Damit liegt Polen bei den Rechten transgeschlechtlicher Menschen weit hinten.
- So schlecht die Situation der Rechte der LGBTI-Personen aktuell ist, so wuchs mit dem Regierungswechsel 2023 auch in der Community die Hoffnung auf eine Verbesserung der rechtlichen Situation. Der neu gewählte Ministerpräsident Donald Tusk versprach bereits eine Ausweitung der Rechte der LGBTI-Personen. Dazu gehört zum Beispiel die Einführung einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft. Die jüngste Umfrage in Polen ergab sogar, dass mit 54 Prozent eine Mehrheit der Bevölkerung die gleichgeschlechtliche Ehe befürworten würde.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?

Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre Position	<ul style="list-style-type: none">■ LGBTI-Rechte sind nicht vollständig durch die europäischen Grundwerte abgedeckt.
Ihre Argumente	<ul style="list-style-type: none">■ Rechte von LGBTI-Personen sind wichtig. Es war falsch, dass Polens frühere Regierung sie nicht geschützt hat. Sie sind eigentlich Teil der europäischen Grundwerte und darin enthalten.■ Wir als neue Regierung Polens setzen uns dafür ein, dass die Rechte von LGBTI-Personen in Polen wieder gestärkt werden und damit die europäischen Grundwerte wieder so gelten, wie sie es sollten.■ Die Formulierung von speziellen LGBTI-Rechten ist nicht so entscheidend. Dennoch sollte sich die Situation von LGBTI-Personen in einigen EU-Ländern verbessern.■ Der Schutz von allen Minderheiten ist wichtig. Das ist eine gemeinsame europäische Aufgabe und betrifft auch noch andere gesellschaftliche Gruppen.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 2

Begeht die ronisische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre Position

- Es ist noch unklar, ob die ronisische Regierung mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU begeht. Das sollte geprüft und nicht von einzelnen Ländern vorschnell entschieden werden.

Ihre Argumente

- Bei der Bewertung des „Kinderschutz-Gesetzes“ muss zwischen den Rechten der LGBTI-Community und dem Schutz der Kinder abgewogen werden.
- Es sollte betrachtet werden, wie sich das Gesetz in der Praxis auswirkt und dann geprüft werden, ob dadurch LGBTI-Rechte verletzt werden.
- Sowohl der Schutz von Kindern als auch der Schutz vor Diskriminierung gehören zu den Grundwerten der EU. Die Staaten sollten selbst entscheiden, wie sie diese Werte gewichten, wenn sie im Konflikt zueinander stehen.
- Sollte eine Überprüfung und Beobachtung allerdings ergeben, dass die Rechte von LGBTI-Personen zu stark eingeschränkt werden, sollte das Gesetz noch einmal angepasst werden.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Ihre
Position

- Nein, es sollte keine offizielle Warnung ausgesprochen werden. Ronisien darf eigenständig handeln. Es wäre aber gut die Situation weiter zu beobachten.

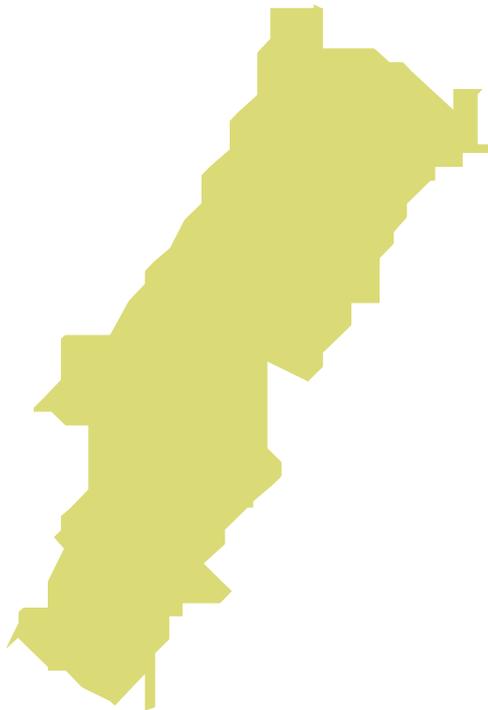
Ihre
Argumente

- Ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ronisien ist ein zu voreiliger Schritt.
- Vor so einem offiziellen Verfahren sollte zunächst beobachtet werden, wie sich das Gesetz tatsächlich auswirkt. Rechtsstaatlichkeitsverfahren waren in der Vergangenheit nicht besonders erfolgreich.
- Es sollte ziemlich hohe Hürden dafür geben, dass sich die EU stark in die Gesetzgebung einzelner Mitgliedstaaten einmischet. Man sollte auch darauf hören, was die Bevölkerung vor Ort möchte.
- Erst wenn eine weitere Beobachtung und Prüfung ergibt, dass durch das Kinderschutz-Gesetz eindeutig Diskriminierung stattfindet, sollte die EU solche Schritte einleiten.
- Polen würde in dem Fall dann auch einem Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ronisien zustimmen, sieht im Moment allerdings noch nicht, dass das nötig ist.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Portugal



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 10 Mio.

Regierung

Sozialdemokratisch

EU-Beitritt

1986

Zustimmung Einwohner zur EU

69 %



Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

1,5 %



Portugal und die EU

- In Portugal herrschte von 1926 bis 1974 eine faschistische Diktatur. Seitdem hat sich das Land zu einem der liberalsten Länder der EU gewandelt.
- Heute ist Portugal ein stabiler Partner in der EU – obwohl das Land in den letzten Jahren wirtschaftlich stark gelitten hat. Trotz der langanhaltenden Wirtschaftskrise erweist sich Portugal äußerst resistent gegen Rechtspopulismus.
- Grundsätzlich ist die portugiesische Regierung für mehr Zusammenarbeit in Europa und diese Einstellung teilen auch die Einwohner_innen des Landes.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 6 / 27



LGBTI-Rechte

66 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

54 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

90 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

51 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

72 %

LGBTI-Rechte in Portugal

- Portugal gehört zu den fortschrittlicheren Ländern der EU bei den Rechten von LGBTI-Personen. Laut der Organisation ILGA-Europe belegt es den 6. Rang von 27 EU-Ländern.
- Das Verbot der Diskriminierung ist in der Verfassung verankert und LGBTI-Paare haben weitgehende Rechte, was Ehe und Adoption betrifft.
- Beim Thema LGBTI-bezogener Hassverbrechen und Hate Speech übertrifft Portugal viele andere Länder, allerdings gibt es hier noch Lücken was Hassverbrechen und Hate Speech mit Bezug auf inter- und transgeschlechtliche Personen angeht.
- In Portugal können transgeschlechtliche Personen selbst entscheiden, welches Geschlecht in ihren Dokumenten stehen soll. Dafür brauchen sie keine medizinische Diagnose und es ist auch kein medizinischer Eingriff notwendig, um die Anpassung in den Dokumenten vorzunehmen.
- Auch intersexuelle Personen können sich frei entscheiden, welches Geschlecht in ihren Dokumenten vermerkt wird.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- Gleichzeitig gehört Portugal zu den wenigen Ländern weltweit, in denen geschlechtsangleichende Operationen an Minderjährigen ohne deren Zustimmung verboten sind. Auch dies zeigt, wie fortschrittlich die portugiesischen Gesetze sind.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?

Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre Position	<ul style="list-style-type: none">■ LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt.
Ihre Argumente	<ul style="list-style-type: none">■ Die Menschen in Portugal haben während der Diktatur erlebt, dass Minderheiten oder Andersdenkende keine Rechte haben.■ Die Grundwerte der EU wollen genau so etwas verhindern.■ LGBTI-Personen sind eine Minderheit, die in vielen Ländern – auch in Europa – diskriminiert werden. Deshalb sind natürlich auch LGBTI-Personen gemeint, wenn in den Grundwerten der EU von „Minderheiten“ die Rede ist.■ Zu behaupten, LGBTI-Rechte würden nicht zu den Grundwerten gehören, ist deshalb nicht nur unverschämt, sondern ein Angriff auf die Demokratie.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 2

Begeht die ronische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre Position

- Die ronische Regierung begeht mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte.

Ihre Argumente

- Diskriminierung bedeutet, dass Menschen wegen bestimmten Eigenschaften schlechter behandelt werden als andere Menschen.
- Genau dies passiert mit dem sogenannten „Kinderschutz-Gesetz“. LGBTI-Personen werden extrem in ihrer Freiheit eingeschränkt.
- Trans- und intergeschlechtliche Menschen werden in Ronien nicht mehr auf die Straße gehen können, ohne eine Strafe befürchten zu müssen. Kann es eine extremere Einschränkung geben?
- Laut EU-Grundwerten sind doch alle Menschen gleich! Warum dürfen sich dann heterosexuelle Paare auf der Straße küssen, aber LGBTI-Personen müssen ihre Identität verstecken?
- Wenn die EU-Länder es ernst meinen mit den Grundwerten, dann muss klar beschlossen werden, dass dieses Gesetz die Grundwerte verletzt. Sonst sind die Grundwerte nicht das Papier wert, auf dem sie stehen.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Ihre
Position

- Ja, das Verfahren soll eingeleitet werden.

Ihre
Argumente

- Ronisien verwandelt sich momentan in ein autoritäres Land. Die EU muss hier klare Kante zeigen.
- Sie müssen den anderen Ländern klar machen, dass sie jetzt ihre Pflicht erfüllen und offiziell die Verletzung der Grundwerte feststellen müssen, damit das Verfahren anlaufen kann.
- Wenn Ronisien darauf nicht reagiert, müssen dem Land die Stimmrechte entzogen werden. Die EU ist eine Union der Werte. Für Staaten, die Grundwerte verletzen, muss es Sanktionen geben.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Malta



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 0,5 Mio.

Regierung

Sozialdemokratisch

EU-Beitritt

2004

Zustimmung Einwohner zur EU

67 %

Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

0 %

Malta und die EU

- Malta ist das kleinste Land der EU und hat relativ wenig Einfluss auf die Entwicklung der EU.
- In den letzten Jahren ist das Land aber trotz seiner Größe europaweit immer wieder in die Schlagzeilen geraten.
- Aufgrund seiner südlichen Lage nahe der nordafrikanischen Küste kommen in Malta mehr Geflüchtete an als in anderen EU-Ländern.
- Außerdem wurde vor einiger Zeit eine Journalistin ermordet, die die Regierung kritisiert hat. Weil die Regierung zu wenig für die Aufklärung des Verbrechens tut, steht das Land in der Kritik.
- Insgesamt kritisieren viele Beobachter_innen die demokratischen Standards in Malta. Konkret wird der maltesischen Regierung vorgeworfen unabhängige Ermittlungen zu Korruptionsvorwürfen zu behindern. Mitglieder des Europäischen Parlaments haben deshalb ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Malta gefordert.
- Mittlerweile mussten mehrere Regierungsmitglieder, darunter der Premierminister, zurücktreten. Die Zweifel an Malts Rechtsstaatlichkeit sind damit aber nicht beseitigt.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 1 / 27



LGBTI-Rechte

90 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

78 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

100 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

100 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

99%

LGBTI-Rechte in Malta

- Bei LGBTI-Rechten ist Malta das mit Abstand fortschrittlichste Land der EU. Die Organisation ILGA-Europe sieht das Land auf Platz 1 von 27 in der EU.
- 2015 hat Malta ein wegweisendes Gesetz beschlossen. Nirgendwo sonst in Europa genießen LGBTI-Personen so umfangreichen Schutz und so weitreichende Rechte wie hier.
- In Malta können transgeschlechtliche Menschen selbst bestimmen, welches Geschlecht in ihren Dokumenten eingetragen wird. Sie brauchen weder eine medizinische Diagnose dafür, noch müssen sie eine medizinische Behandlung vornehmen lassen.
- Gleiches gilt für intergeschlechtliche Personen. Sie können frei wählen, welches Geschlecht in ihren Dokumenten stehen soll. Es gibt auch die Option „X“ für Personen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen.
- Gleichzeitig gehört Malta zu den wenigen Ländern weltweit, in denen geschlechtsangleichende Operationen an Minderjährigen ohne deren Zustimmung verboten sind.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?
Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre Position	<ul style="list-style-type: none">■ LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt.
Ihre Argumente	<ul style="list-style-type: none">■ Dass die Rechte von LGBTI-Personen zu den Grundwerten der EU gehören, ist für Sie nicht verhandelbar.■ LGBTI-Personen wurden Jahrhunderte lang verfolgt und sind auch heute noch eine der verletzlichsten Gruppen.■ Wen sollen also die Grundwerte schützen, wenn nicht eine Minderheit wie LGBTI-Personen?

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 2

Begeht die ronische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre
Position

- Die ronische Regierung begeht mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU.

Ihre
Argumente

- Das sogenannte „Kinderschutz-Gesetz“ sollte besser „Anti-LGBTI-Gesetz“ genannt werden, denn genau das ist es.
- Hier wird eine Minderheit, die es in Ronien sowieso schon schwer hat, zusätzlich diskriminiert und als Gefahr für Kinder dargestellt.
- Das ist nichts anderes als staatliche Hetze und muss auch so benannt werden.
- Grundwerte zu schützen, das bedeutet die komplette Gleichstellung aller Menschen, egal welche Geschlechtlichkeit sie haben oder wen sie lieben.
- Das „Kinderschutz-Gesetz“ bewirkt das Gegenteil. Es beschränkt die Meinungsfreiheit, grenzt Minderheiten aus und verstärkt Vorurteile.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Ihre
Position

- Ja, das Verfahren soll eingeleitet werden.

Ihre
Argumente

- Sie wollen dazu beitragen, dass LGBTI-Personen in Ronisien genauso frei und gleichberechtigt leben können, wie in Malta. Deshalb sind Sie in diesem konkreten Fall für ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren.
- Allerdings fällt Ihnen die Entscheidung nicht leicht. Malta wird seit einem Mord an einer Journalistin vorgeworfen, die Pressefreiheit nicht zu schützen und die Aufklärung des Mordes zu behindern. Im Raum stehen auch Korruptionsvorwürfe gegen Ihre Regierung. Mehrere Regierungsmitglieder mussten daraufhin zurücktreten – auch der Premierminister.
- Wenn sie jetzt helfen, ein Verfahren gegen Ronisien zu starten, dann könnten solche Verfahren zur Normalität in der EU werden.
- Irgendwann könnte solch ein Verfahren dann auch gegen Malta eröffnet werden. Denn trotz einiger der Rücktritte einiger Regierungsmitglieder und des Premierministers halten viele Beobachter_innen die maltesischen Justiz für nicht unabhängig und zweifeln die Rechtsstaatlichkeit des Landes an.
- Dann könnte sich bald auch Malta in der Position befinden, in der jetzt Ronisien ist – wenn auch aus ganz anderen Gründen.
- Trotzdem werden Sie das Rechtsstaatlichkeitsverfahren unterstützen. Malta ist das fortschrittlichste Land bei LGBTI-Rechten in der EU. Wenn Sie das Verfahren nicht unterstützen, macht Sie das unglaubwürdig.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Tschechische Republik



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 11 Mio.

Regierung

Sozialdemokratisch - populistisch

EU-Beitritt

2004

Zustimmung Einwohner zur EU

33 %



Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

9,1 %



Tschechische Republik und die EU

- Die Tschechische Republik gehört zu den Ländern, die stark vom Beitritt zur EU profitiert haben. Der Wirtschaft geht es gut und viele EU-Gelder fließen in das Land.
- Die EU ist nirgendwo in Europa so unbeliebt wie in der Tschechischen Republik. Nur 33 % der Bewohner_innen finden, dass die EU-Mitgliedschaft eine gute Sache ist.
- Ein Grund dafür ist die Abneigung vieler Einwohner_innen gegen die empfundene Einmischung aus Brüssel. Diese Abneigung teilt das Land mit einigen Nachbarländern. Es gibt einen erstarkenden Populismus in der Tschechischen Republik.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 20 / 27



LGBTI-Rechte

26 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



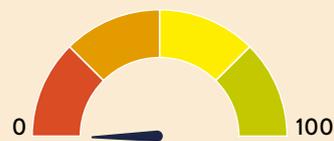
**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

48 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

14 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

0 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

18 %

LGBTI-Rechte in der Tschechischen Republik

- Beim Thema LGBTI-Rechte zeigt sich in der Tschechischen Republik ein gemischtes Bild. Die Organisation ILGA-Europe sieht das Land im unteren Mittelfeld der EU. Im Ranking der Organisation kommt das Land auf Platz 20 von 27 EU-Ländern.
- Im Bereich Familienrechte ist das Land wenig fortschrittlich. Zwar können seit 2006 gleichgeschlechtliche Partnerschaften geschlossen werden. Zu heiraten und Kinder zu adoptieren bleibt LGBTI-Personen jedoch generell verwehrt.
- Die Tschechische Republik hat außerdem keine Gesetze, in denen Hassverbrechen und Hate Speech mit Bezug auf LGBTI-Personen besonders betrachtet werden.
- Schwierig ist die Lage auch für inter- und transgeschlechtliche Personen – hier liegt die Tschechische Republik ganz weit hinten.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- Für transgeschlechtliche Personen gibt es zwar Prozeduren zum Wechsel des Namens oder der Angleichung des Geschlechts, jedoch sind diese zum Teil sehr diskriminierend. Transgeschlechtliche Menschen brauchen eine medizinische Diagnose und sie müssen sich z. B. sterilisieren lassen, wenn Sie einen Wechsel des Namens und Angleichung des Geschlechts vornehmen wollen. Der Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat entschieden, dass dies eine Menschenrechtsverletzung ist.
- In der Tschechischen Republik gibt es keine Gesetze, die geschlechtsangleichende Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen verbieten, wenn diese medizinisch nicht notwendig sind.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?
Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre
Position

- LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt.

Ihre
Argumente

- LGBTI-Personen stellen eine Minderheit dar. Als Minderheit sind sie durch die Grundwerte geschützt. Das ist eigentlich ganz einfach.
- Wie genau das dann interpretiert wird, ist eine andere Frage. Unterschiedliche Länder gehen da unterschiedliche Wege.
- Der Wortlaut der Grundwerte ist aber eindeutig: Minderheitenschutz, Freiheit, Gleichheit – wer LGBTI-Werte hier nicht mitdenkt, hat etwas nicht verstanden.

STREITPUNKT 2

Begeht die ronisische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre
Position

- Die ronisische Regierung begeht mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte.

Ihre
Argumente

- Sie sehen die Problematik des ronisischen „Kinderschutz-Gesetzes“. Das ist Ihrer Meinung nach nicht kompatibel mit den Grundwerten der EU.
- Besonders die Verbannung von trans- und intergeschlechtlichen Menschen aus dem öffentlichen Raum ist problematisch.
- Insofern muss hier wohl ein Verstoß festgestellt werden.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Ihre
Position

- Nein, Ronisien soll nur beobachtet werden.

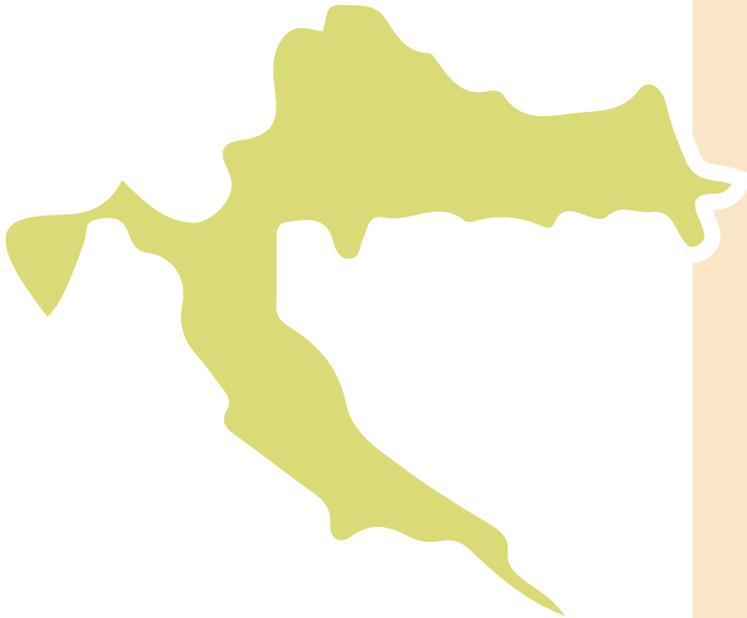
Ihre
Argumente

- Ihnen behagt es überhaupt nicht, dass über ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren nachgedacht wird.
- Tschechien war mehrere Jahrzehnte fremdbestimmt durch die Sowjetunion.
- Sie haben ein schlechtes Gefühl dabei, wenn die EU jetzt anfängt, sich zu sehr in die Angelegenheiten der Mitgliedsstaaten einzumischen. Das weckt alte Erinnerungen.
- Das bedeutet überhaupt nicht, dass Sie auf der Seite Ronisiens stehen. Ganz im Gegenteil: Sie finden, das Land sollte das Gesetz zurücknehmen.
- Dafür können die EU-Länder eine Warnung aussprechen und das Land beobachten.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Kroatien



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 4 Mio.

Regierung

Konservativ

EU-Beitritt

2013

Zustimmung Einwohner zur EU

40 %



Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

8,5 %



Kroatien und die EU

- Kroatien ist das Land, das als letztes der EU beigetreten ist.
- Von der guten Stimmung beim Beitritt ist wenig geblieben. Das liegt daran, dass Kroatien wirtschaftlich nicht so stark von der EU-Mitgliedschaft profitiert hat wie erhofft.
- Die EU ist für Kroatien aber auch wichtig, weil das Land auf dem Balkan liegt – einer traditionell eher instabilen Region.
- Noch vor ca. 30 Jahren tobte ein Krieg zwischen Kroatien und seinen Nachbarländern.
- Kroatien hofft, dass auch die anderen Länder der Region in die EU eintreten und so ein langfristiger Friede für die ganze Region erreicht wird.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 14 / 27



LGBTI-Rechte

47 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

56 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

28 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

51 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

35 %

LGBTI-Rechte in Kroatien

- Die Organisation ILGA-Europe sieht das Land bei den LGBTI-Rechten im Mittelfeld der europäischen Länder. Die Organisation sieht das Land auf Platz 14 von 27 – und damit nur einen Platz hinter Deutschland.
- Große Probleme gibt es in Kroatien beim Thema Familienrechte. 2013 wurde in einer Volksabstimmung beschlossen, dass die Ehe nur eine Verbindung zwischen Mann und Frau sein kann. Das schließt alle anderen Formen der Partnerschaft aus.
- Zwar ist es in Kroatien möglich, eine eingetragene Partnerschaft einzugehen. In der jüngeren Vergangenheit wurden diesen Partnerschaften aber häufig Rechte verwehrt, die heterosexuellen verheirateten Paaren zustehen.
- Ein Grund dafür liegt im Einfluss der katholischen Kirche im Land. Mehr als 86 % der kroatischen Bevölkerung ist katholisch. Die Kirche mischt sich oft in politische Debatten ein – so war sie eine aktive Unterstützerin einer Volksabstimmung gegen die gleichgeschlechtliche Ehe im Jahr 2013.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- Um ihr Geschlecht im Ausweis ändern zu können, brauchen transgeschlechtliche Personen in Kroatien eine medizinische Diagnose. Außerdem ist eine medizinische Behandlung notwendig.
- In Kroatien gibt es keine Gesetze, die geschlechtsangleichende Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen verbieten, wenn diese medizinisch nicht notwendig sind.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?

Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre Position	<ul style="list-style-type: none">■ LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt – mit Einschränkungen.
Ihre Argumente	<ul style="list-style-type: none">■ LGBTI-Rechte werden in den Grundwerten der EU nicht explizit genannt.■ Als Minderheit sind LGBTI-Personen aber grundsätzlich durch die Grundwerte geschützt.■ Das gilt aber nicht nur für LGBTI-Personen. Auch Andersdenkende unterstehen dem Schutz durch die Grundwerte.■ Die Grundwerte dürfen also nicht dafür herhalten, andere Meinungen zu unterdrücken.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 2

Begeht die ronisische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre Position

- Das Gesetz allein reicht nicht, um das beurteilen zu können. Es muss beobachtet werden, wie das Gesetz in der Praxis angewandt wird.

Ihre Argumente

- Sie halten die Debatte hier für ziemlich übertrieben. Ronisien hat ein Gesetz beschlossen, in dem zwischen Kinderschutz und LGBTI-Rechten abgewogen wird. Daran ist erstmal nichts verkehrt.
- In Kroatien hat die Bevölkerung per Volksabstimmung die gleichgeschlechtliche Ehe verboten – ist das dann auch ein Grundwerte-Verstoß, weil Schwule und Lesben nicht heiraten können, andere aber schon? Oder ist es nicht viel eher eine demokratische Entscheidung eines unabhängigen Landes?
- Sie können in jedem Fall momentan keinen grundsätzlichen Verstoß gegen die Grundwerte feststellen.
- Insofern sollten jetzt alle erst einmal abwarten, wie sich das Gesetz in der Praxis auswirkt.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Ihre
Position

- Nein, Ronisien soll nur beobachtet werden.

Ihre
Argumente

- Für Sie ist die Eigenständigkeit eines Landes sehr wichtig.
- Ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren könnte am Ende dazu führen, dass ein Land von Entscheidungen ausgeschlossen wird. Dann müsste es Regeln aus Brüssel akzeptieren, ohne selbst mitzubestimmen.
- Diese Maßnahme geht Ihnen zu weit. Abgesehen davon sind Sie, wie schon erwähnt, nicht davon überzeugt, dass ein Grundwerteverstoß vorliegt.
- Es wäre für Sie in Ordnung, wenn Ronisien verwarnt wird – da könnten Sie einen Kompromiss eingehen.
- Ein Verfahren zu eröffnen lehnen Sie aber ganz klar ab.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Dänemark



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 6 Mio.

Regierung

Sozialdemokratisch / Konservativ

EU-Beitritt

1973

Zustimmung Einwohner zur EU

76 %



Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

10,7 %



Dänemark und die EU

- Dänemark ist ein besonderes EU-Land. Die Dän_innen stehen der EU schon immer kritisch gegenüber.
- Deshalb hält sich Dänemark traditionell aus einigen Politikbereichen heraus, z. B. aus der gemeinsamen Außenpolitik der EU. Dänemark hat außerdem den Euro als Währung nicht eingeführt.
- Das liegt daran, dass viele in Dänemark sehr stolz auf das eigene Land sind und verhindern möchte, dass die EU hier zu viel Einfluss bekommt.
- Dieser Stolz schlägt sich allerdings auch in großem gesellschaftlichem Zuspruch für rechtspopulistische Parteien nieder.
- Nichtsdestotrotz gilt das Land in der EU als sehr zuverlässiger Partner.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 5 / 27



LGBTI-Rechte

68 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

52 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

90 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

50 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

82 %

LGBTI-Rechte in Dänemark

- Dänemark gehört zu den fortschrittlichsten EU-Ländern im Bereich der LGBTI-Rechte. Von den 27 EU-Ländern belegt es laut ILGA-Europe momentan den 5. Platz aller EU-Länder.
- 1989 war Dänemark das erste Land, in dem gleichgeschlechtliche Partnerschaften per Gesetz eingeführt wurden.
- Auch heute noch ist Dänemark sehr stark im Bereich der Familienrechte für LGBTI: In Bezug auf Ehe, Adoption und künstliche Befruchtung gibt es für LGBTI-Paare nur wenige Hürden.
- In Dänemark können transgeschlechtliche Menschen selbst bestimmen, welches Geschlecht in ihren Dokumenten eingetragen wird. Sie brauchen weder eine medizinische Diagnose dafür, noch müssen sie eine medizinische Behandlung vornehmen lassen. Damit gehört Dänemark zu den fortschrittlichen Ländern in der EU
- Gleiches gilt für intergeschlechtliche Personen. Es gibt die Option „X“ als Geschlecht in Dokumenten eintragen zu lassen für Personen, die sich weder dem männlichen noch dem weiblichen Geschlecht zuordnen.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- In Dänemark gibt es keine Gesetze, die geschlechtsangleichende Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen verbieten, wenn diese medizinisch nicht notwendig sind.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?
Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre Position	<ul style="list-style-type: none">■ LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt.
Ihre Argumente	<ul style="list-style-type: none">■ Es steht für Sie überhaupt nicht zur Debatte, ob LGBTI-Rechte durch die Grundwerte der EU gedeckt sind oder nicht.■ LGBTI-Personen gehören klar einer Minderheit an und sind geschützt.■ Das Gegenteil zu behaupten ist ein Angriff auf das, was man in Europa als Demokratie versteht.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 2

Begeht die ronische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre Position

- Die ronische Regierung begeht mit dem Kinderschutzgesetz einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU.

Ihre Argumente

- Es ist für Sie vollkommen unverständlich, dass ein EU-Land im 21. Jahrhundert ein Gesetz wie das sogenannte „Kinderschutz-Gesetz“ beschließt.
- Das Gesetz ist nur dafür gemacht, LGBTI-Personen zu schikanieren und die Bevölkerung gegen sie aufzuhetzen.
- Kein Kind wird durch das Gesetz geschützt. Ganz im Gegenteil: trans- oder intergeschlechtliche Kinder werden dadurch sogar von der Gesellschaft ausgestoßen.
- Sie fordern alle Länder auf, sich klar zu positionieren. Ein Land, das hier keinen Verstoß gegen die Grundwerte feststellt, ist vielleicht nicht so demokratisch, wie es vorgibt zu sein.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Ihre
Position

- Nein, Ronisien soll nur beobachtet werden.

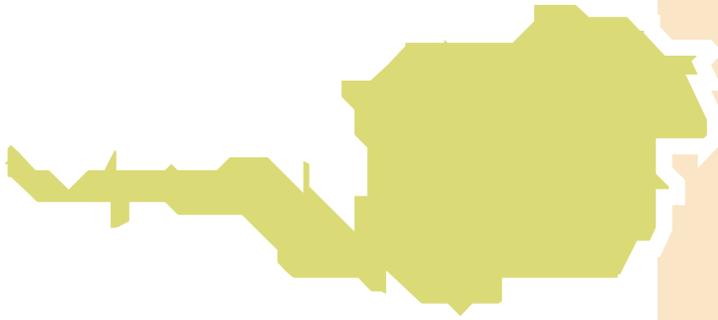
Ihre
Argumente

- Die Menschen in Dänemark mögen es nicht besonders, wenn Entscheidungen in Brüssel getroffen werden anstatt in Kopenhagen.
- Insofern sehen Sie die Eröffnung eines Rechtsstaatlichkeitsverfahrens nicht ohne Zweifel. Schließlich übt die EU hier großen Druck auf ein Land aus und „zwingt“ es, ein Gesetz zu ändern.
- Klar ist aber auch, dass Ronisien die Grundwerte verletzt.
- Die EU ist ein Zusammenschluss von Demokratien und muss es auch bleiben.
- Ihr Kompromissvorschlag: Die EU-Länder sprechen heute eine Warnung aus und geben Ronisien Zeit, das Gesetz zu überarbeiten oder abzuschaffen.
- Wenn das nicht geschieht, werden sich die EU-Länder hier wieder treffen. Und das nächste Mal werden Sie einem Rechtsstaatlichkeitsverfahren dann zustimmen.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Österreich



LÄNDERINFOS

Einwohnerzahl

ca. 9 Mio.

Regierung

Konservativ-grün

EU-Beitritt

1995

Zustimmung Einwohner zur EU

46 %



Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien bei Europawahl 2019:

17 %



Österreich und die EU

- Österreich ist ein eher unauffälliges EU-Mitglied. In der Vergangenheit waren die Regierungen des Landes meist moderat pro-europäisch.
- Dies gilt sogar für Regierungen, an denen extrem rechte Parteien beteiligt waren. Diese Parteien sind in Österreich traditionell stark und haben sich immer wieder negativ gegenüber Minderheiten geäußert.
- In letzter Zeit spaltet sich die Gesellschaft in Österreich immer stärker und auch die Regierungen werden instabiler.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

LGBTI-RECHTE IM DETAIL

Rang innerhalb EU: 11 / 27



LGBTI-Rechte

49 %



Zivilgesellschaftliche Freiheiten

100 %



**Rechtliche Gleichstellung und
Schutz vor Diskriminierung**

35 %



**Rechte im Bereich Familie und
Zusammenleben**

78 %



**Spezieller Schutz und Regeln für Hass-
verbrechen und Hate Speech**

26 %



**Rechte von trans- und inter-
geschlechtlichen Menschen**

42 %

LGBTI-Rechte in Österreich

- Österreich ist, wie Deutschland, nicht gerade ein Vorbild, wenn es um die Rechte von LGBTI-Personen geht.
- Im Ranking der Organisation ILGA-Europe kommt das Land auf Platz 11 von 27 EU-Ländern.
- Relativ gut aufgestellt ist das Land im Bereich der Familienrechte. LGBTI-Personen haben weitgehende Möglichkeiten was Zusammenleben und Adoption angeht. Transgeschlechtliche Personen bleiben davon ausgenommen. Wie fast überall bleibt ihnen die Möglichkeit zur Adoption verwehrt.
- Die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare gibt es mittlerweile. Sie wurde aber nicht durch die Regierung beschlossen, sondern über einen Gerichtsentscheid eingeführt.
- Um ihr Geschlecht im Ausweis ändern zu können, brauchen transgeschlechtliche Personen in Österreich eine medizinische Diagnose. Es ist aber keine medizinische Behandlung notwendig.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oigermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

- In Österreich gibt es keine Gesetze, die geschlechtsangleichende Operationen an intergeschlechtlichen Kindern und Jugendlichen verbieten, wenn diese medizinisch nicht notwendig sind.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Ihre Positionen in den Verhandlungen

STREITPUNKT 1

Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU?

Sind sie durch die Europäischen Grundwerte abgedeckt?

Ihre Position	<ul style="list-style-type: none">■ LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt.
Ihre Argumente	<ul style="list-style-type: none">■ LGBTI-Personen stellen eine Minderheit dar. Als Minderheit sind sie durch die Grundwerte geschützt. Da gibt es nichts zu interpretieren.■ Abgesehen davon steht in den Grundwerten, dass alle Menschen gleich sind – sie müssen also auch die gleichen Rechte haben und dürfen nicht diskriminiert werden.■ Damit ist die Frage, ob LGBTI-Rechte durch die Grundwerte abgedeckt sind, abschließend beantwortet.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 2

Begeht die ronische Regierung mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU?

Ihre Position

- Das Gesetz allein reicht nicht, um das beurteilen zu können. Es muss beobachtet werden, wie das Gesetz in der Praxis angewandt wird.

Ihre Argumente

- Grundsätzlich scheint das Gesetz gegen die Grundwerte zu verstoßen. Momentan kann aber noch nicht gesagt werden, wie es sich in der Praxis auswirkt.
- Sollten inter- und transgeschlechtliche Personen verfolgt werden und nicht mehr auf die Straße können, wäre dies ein gewaltiger Verstoß und müsste unbedingt bestraft werden.
- Dass hier der Schutz von Kindern vorgeschoben wird, macht aus Ihrer Sicht keinen Sinn. Wovor sollen die Kinder denn geschützt werden? Die ronische Regierung tut so, als würden Kinder Schaden nehmen, nur weil sich trans- und intergeschlechtliche Menschen in der Öffentlichkeit zeigen oder Lesben, Schwule und Bisexuelle über ihre sexuelle Orientierung sprechen. Dabei kann das doch zu einem aufgeklärten und offenen Zusammenleben beitragen.
- So oder so - die ronische Regierung muss das Gesetz schnell wieder zurücknehmen, sonst lässt sich ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren nicht vermeiden.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

STREITPUNKT 3

Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen, und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Ihre Position

- Nein, Ronisien soll nur beobachtet werden.

Ihre Argumente

- Sie sind zwar besorgt wegen des „Kinderschutz-Gesetzes“ – es ist jedoch noch zu früh ein Verfahren gegen Ronisien einzuleiten.
- Grundsätzlich ist jedes Land frei Gesetze zu beschließen, schließlich darf die EU nicht alles entscheiden.
- Das „Kinderschutz-Gesetz“ ist aber eine klare Diskriminierung von LGBTI-Personen - das ist nicht hinnehmbar!
- Die EU-Länder sollten jetzt eine Frist setzen, bis wann Ronisien das Gesetz zurücknehmen oder ändern soll. Sprechen Sie mit den anderen Ländern, welcher Zeitrahmen sinnvoll wäre. Sie fänden 3 Monate angemessen.
- Die ronisische Regierung muss wissen: Wenn sie diesen Weg weitergeht, wird das Konsequenzen haben.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Generalsekretariat des Rates

Sie arbeiten für das Generalsekretariat des Rates. Im Rat hat immer ein Land den Vorsitz, das Sie bei der Vorbereitung und Durchführung der Sitzungen unterstützen. Damit sich das Land des Ratsvorsitzes auf die Verhandlungen konzentrieren kann, leiten Sie heute die Sitzung. Sie sind grundsätzlich neutral und müssen dafür sorgen, dass alle Länder ihre Meinung zu den Verhandlungspunkten äußern können.

Heute stehen besonders schwierige Verhandlungen an. Die EU-Länder diskutieren, wie sie auf das neue „Kinderschutz-Gesetz“ des EU-Lands Ronisien reagieren sollen. Ronisien selbst ist nicht anwesend.

Die Entscheidung heute könnte weitreichende Folgen haben. Wenn die Staaten eine offizielle Warnung aussprechen, wird das Rechtsstaatlichkeitsverfahren eingeleitet. Dann könnte Ronisien in einem weiteren Schritt bestraft werden – zum Beispiel, indem es in der EU nicht mehr mit abstimmen darf.

Auf der Tagesordnung stehen heute drei Punkte:

1. Welche Rolle spielen LGBTI-Rechte in der EU? Sind sie durch die europäischen Grundwerte abgedeckt?

Optionen:

- LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt.
- LGBTI-Rechte sind durch die Grundwerte der EU abgedeckt – mit Einschränkungen.
- LGBTI-Rechte sind nicht durch die europäischen Grundwerte abgedeckt.

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

2. Begeht die ronische Regierung einen Verstoß gegen die Grundwerte der EU mit ihrem „Kinderschutz-Gesetz“?

Optionen:

- Die ronische Regierung begeht mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ einen Verstoß gegen die Grundwerte.
- Die ronische Regierung begeht mit dem „Kinderschutz-Gesetz“ keinen Verstoß gegen die Grundwerte
- Das Gesetz allein reicht nicht, um das beurteilen zu können. Es muss beobachtet werden, wie das Gesetz in der Praxis angewandt wird.

3. Soll eine offizielle Warnung ausgesprochen und damit die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens eingeleitet werden?

Optionen:

- Ja, das Verfahren soll eingeleitet werden.
- Nein, Ronien soll nur beobachtet werden.
- Nein, es sollen keine Maßnahmen ergriffen werden.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Leitfaden für die Verhandlungsführung - Was ist Ihre Aufgabe?

Sie leiten heute die Sitzung und müssen versuchen, die Vertreter_innen aller anwesenden Länder dazu zu bewegen, am Ende der Sitzung eine Entscheidung zu treffen. Die grundsätzliche Frage ist dabei, ob die 1. Stufe des Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ronisien eingeleitet werden soll.

Vorbereitung

1. Legen Sie im Team fest, wer wofür verantwortlich ist.
 - a. Eine Person schreibt auf, wer sich gemeldet hat und erteilt den Personen der Reihe nach das Wort. Das ist wichtig, damit sich keine Gruppe benachteiligt fühlt. Diese Person achtet auch auf die Einhaltung der Zeitvorgaben.
 - b. Eine Person moderiert das Gespräch. Sie achtet darauf, dass alle beim Thema bleiben und die Diskussion geordnet abläuft. Zwischendurch fasst sie zusammen, was gesagt wurde und führt am Ende die Abstimmung durch.
2. Überlegen Sie sich, wie Sie die Zeit nutzen wollen.
 - a. Die Spielleitung sagt Ihnen, wie viel Zeit Sie insgesamt zur Verfügung haben.
 - b. Entscheiden Sie anschließend, wie viel Zeit Sie in etwa für die einzelnen Punkte einplanen.
 - c. Denken Sie daran, dass die Entscheidungsfindung am Ende Zeit benötigt. Fangen Sie spätestens 10 Minuten vor Verhandlungsschluss an, über eine Entscheidung abzustimmen.

Begrüßung

1. Beginnen Sie das Treffen mit einer Begrüßungsrunde, in der sich jede Gruppe kurz vorstellt (max. 60 Sekunden), damit alle wissen, wer am Tisch sitzt.
2. Es sollten noch KEINE Argumente genannt werden. Die Ländervertreter_innen sollen nur ein Eröffnungsstatement abgeben, in dem sie die eigene Sicht auf die EU erklären.
3. Beginnen Sie selbst mit dieser Vorstellungsrunde und fordern Sie dann die anderen Gruppen auf, die Runde fortzusetzen.

Beispiel: „Wir begrüßen Sie herzlich zur heutigen Ratssitzung. Mein Name ist ..., neben mir sitzt mein_e Kolleg_in Wir leiten die heutige Sitzung. Unser Ziel ist es heute darüber zu entscheiden, ob die erste Phase des Rechtsstaatlichkeitsverfahrens gegen Ronisien eröffnet werden soll. Bevor wir mit den Verhandlungen anfangen, möchten wir Sie aber auffordern, sich und ihr Land kurz vorzustellen. Wir starten mit dem Land, das links von uns sitzt und gehen im Uhrzeigersinn vor.“

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

Gesprächsregeln

1. Bitten Sie die Anwesenden, respektvoll miteinander umzugehen.
2. Es empfiehlt sich, eine Redeliste zu führen. D.h.: Die Anwesenden melden sich, wenn sie etwas sagen möchten. Sie notieren die Wortmeldungen und erteilen dann der Reihe nach den Sprecher_innen das Wort.
3. Sie dürfen Beiträge freundlich aber bestimmt unterbrechen, sollten sie länger als 1 Minute dauern.
4. Weisen Sie darauf hin, dass am Ende darüber abgestimmt wird, ob das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ronisien eingeleitet wird. Diese Entscheidung muss mit 4/5-Mehrheit getroffen werden.

Beispiel: „Während unserer Verhandlungen heute bitten wir Sie, einige Regeln zu befolgen. Gehen Sie bitte respektvoll miteinander um. Wenn Sie etwas sagen möchten, heben Sie bitte die Hand, wir nehmen Sie dann auf die Redeliste auf. Ihre Beiträge sollten nicht länger als 1 Minute sein. Am Ende wird darüber abgestimmt, ob das Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ronisien eröffnet werden soll.“

Ablauf der Sitzung

1. Nachdem sich die Anwesenden vorgestellt haben und Sie die Regeln für die Sitzung erklärt haben, sollten Sie einen kurzen Überblick über den weiteren Ablauf und die Entscheidungsfindung geben.
2. Der Ablauf ist wie folgt:
 - a. Jeder Punkt der Tagesordnung wird diskutiert und die EU-Länder können sich dazu äußern.
 - b. Dafür müssen sich die Vertreter_innen der Länder melden und werden von Ihnen aufgerufen.
3. Die Entscheidungsfindung läuft folgendermaßen ab:
 - a. Am Ende der Verhandlungen muss eine Entscheidung getroffen werden.
 - b. Wenn ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren eingeleitet werden soll, brauchen Sie eine 4/5-Mehrheit. Das heißt, 8 von 10 Ländern müssen für die Einleitung des Verfahrens stimmen.
 - c. Sollte dies nicht zustande kommen, kann mit 2/3-Mehrheit, also mit 7 Stimmen, eine Empfehlung ausgesprochen werden.
 - d. Wenn die Entscheidung getroffen wurde, bedanken Sie sich bei den Teilnehmenden und schließen die Sitzung.

***Anmerkung:** Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>

e. Wenn es keine Entscheidung gibt, können Sie die Sitzung vertagen.

Beispiel: „Nachdem wir uns alle vorgestellt haben, gebe ich Ihnen jetzt noch einen kurzen Überblick über den weiteren Ablauf. Wir werden nun jeden Punkt auf der Tagesordnung einzeln diskutieren. Am Ende müssen wir darüber entscheiden, ob ein Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ronisien eingeleitet wird. Diese Entscheidung muss mit 4/5-Mehrheit getroffen werden.“

Während der Sitzung kann es heiß hergehen. Behalten Sie einen kühlen Kopf und lassen Sie sich nicht aus der Ruhe bringen..

Viel Erfolg!

*Anmerkung: Die in diesen fiktiven Rollenprofilen dargestellten Positionen und Ziele geben nicht notwendigerweise die realen von diesem Akteur vertretenen politischen Positionen wieder. Vielmehr sollen der Spielfluss und die Lernerfahrung der Teilnehmenden gewährleistet werden.

Quellen und weitere Informationen findest du unter: <https://oiiGermany.org>, <https://www.ilga-europe.org/>, <https://tgeu.org/>